

DOKUMENTATION



The image shows two black silhouettes of a man and a woman standing side-by-side. The woman on the left is holding a sign that reads "ZIVILKLAUSEL VERANKERN!". The man on the right is holding a sign that reads "KOOPERATIONS-VEREINBARUNG KÜNDIGEN!". They are both holding the signs with their right hands. The signs are tilted slightly to the right.

**Widerstand in Bayern
bündeln!**

Tagung von ver.di und GEW Bayern
Samstag, 29. Juni 2013

Impressum

Dokumentation der gemeinsamen Tagung „Zivilklausel verankern, Kooperationsvereinbarung kündigen – Widerstand in Bayern bündeln!“
von GEW Landesverband Bayern und ver.di Landesbezirk Bayern

Redaktion: AG Friedliche Schule und Hochschule München
www.gew-muenchen.de/joomla/content/view/24/43

Alle Internetverweise wurden zuletzt am 17.09.2013 überprüft.

Vi.S.d.P.: J.-P. Graf

Schwanthalerstr. 64

80336 München

E.i.S.



*Rolf Staudt (Moderation) & Renate Bayer
vor einem Bild der Friedensdemo gegen die Kooperation von Bundeswehr und DGB
auf dem Marienplatz in München am 1. Mai 2013 - M. Schätzl / F. Winkler*

Inhaltsverzeichnis

Impressum.....	3
Gemeinsame Presseerklärung von GEW Bayern und ver.di Bayern.....	5
Begrüßung durch die GEW Bayern.....	6
Begrüßung durch ver.di Bayern.....	8
Grußadresse Aachener Friedenspreis.....	10
Interview mit junge Welt vom 24.06.2013.....	11
Beitrag AG Friedliche Schule und Hochschule München.....	12
Beitrag Bayerischer Elternverband.....	17
Kontra Kriegspolitik an Hochschulen „Yes We Can“.....	18
Diskussion um Wernher von Braun als Namensgeber des Gymnasiums in Friedberg/Bayern.....	24
Beitrag Friedliche Uni Augsburg.....	27
Diskussionsbeiträge.....	30
Weitere Lesetipps & Links.....	32
Gewerkschaftsbeschlüsse und Erklärungen.....	33
Lernen für den Frieden.....	34



Gemeinsame Presseerklärung von GEW Bayern und ver.di Bayern vom 24. Juni 2013

GEW Bayern und ver.di Bayern zum Einfluss der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen: Zivilklausel verankern - Kooperationsvereinbarung kündigen!

Informations- und Diskussionsveranstaltung am Samstag, 29. Juni 2013

Kritisch beobachten die Gewerkschaften GEW Bayern und ver.di Bayern die zunehmende Einflussnahme der Bundeswehr an Schulen und die Kriegsforschung an Hochschulen. Gegen Letztere richtet sich eine immer größer werdende bundesweite Zivilklausel-Bewegung. Ziel dieser Bewegung ist es, in den Grundordnungen von Hochschulen und/ oder in Landeshochschulgesetzen einen Passus zu verankern, dass die Forschung allein friedlichen Zwecken dient. Linda Schneider, stellvertretende Landesbezirksleiterin ver.di Bayern dazu: „Bereits an 12 Hochschulen in Deutschland gibt es eine solche Klausel. Doch in Bayern, wo die größte nationale Forschungsdichte für die Rüstungsindustrie besteht, fehlt sie bisher“.

Eines der wichtigsten Bildungsziele für Schule und Hochschule muss die Erziehung zum friedlichen Zusammenleben der Menschen sein. "Wir akzeptieren die Beeinflussung unserer SchülerInnen durch JugendoffizierInnen, die militärische Lösungen für politische Probleme vertreten, nicht. Wir wollen auch nicht, dass dieselben SchülerInnen an den Hochschulen die Waffen für diese vermeintlich notwendigen Problemlösungen erforschen und deren Produktion möglich machen", sagt Michael Schätzl, Gymnasiallehrer und Mitglied im Arbeitskreis Friedliche Schule und Hochschule der GEW München. Die Gewerkschaften fordern eine allgemeine Zivilklausel, die die Hochschulen zwingt, ihre bestehende Rüstungsforschung und ihre finanzielle Verquickung mit Rüstungsindustrie und Bundeswehr offenzulegen, die Militarisierung der Hochschulen zu beenden und sich für eine zivile und friedliche Forschung und Lehre einzusetzen.

GEW Bayern und ver.di Bayern kritisieren den zunehmenden Einfluss v.a. von JugendoffizierInnen in der Ausbildung junger LehrerInnen und die einseitige Darstellung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in Schulen. Das Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium soll der Bundeswehr den Zugang zu den Schulen erleichtern, um selbst Minderjährige zu ködern und die Akzeptanz für Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland zu erhöhen. Elke Hahn, Geschäftsführerin der GEW Bayern: „Deshalb fordern wir die Kündigung der 2010 zwischen dem bayerischen Kultusministerium und der Bundeswehr geschlossenen Kooperationsvereinbarung“.

Am Samstag, 29. Juni, findet im Münchner Gewerkschaftshaus eine von beiden Gewerkschaften organisierte Informations- und Diskussionsveranstaltung der „Arbeitsgruppe Friedliche Schule und Hochschule“ statt, auf der bildungspolitische Forderungen an eine zukünftige Landesregierung vorgestellt werden. Die zu dieser Tagung eingeladenen Referent*innen berichten von den friedenspolitischen Erfolgen an Schule und Hochschule. Vertreter*innen der Medien sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen zur Veranstaltung können dem Flyer entnommen werden:

http://www.gew-bayern.de/fileadmin/uploads/media/Einladung_AG_FriedlicheSchule_undHochschule_130629.pdf

Positionen des GEW-Hauptvorstands zu den beiden Themen "Bundeswehr an Schulen" und "Zivilklausel" gibt es hier:

http://www.gew.de/Binaries/Binary59569/Zur%20Rolle%20der%20Bundeswehr%20an%20Schulen_DS%20384-09+DS-099-10%20%281%29.pdf

http://www.gew.de/Zivilklausel_an_Hochschulen_und_Forschungseinrichtungen.html

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, GEW Bayern, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel. 0171 676 00 00.

Begrüßung durch die GEW Bayern



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie heute zur Tagung Widerstand bündeln – für die Einführung von Zivilklauseln an den Hochschulen und die Kündigung der Kooperationsvereinbarung von Bundeswehr und Kultusministerium im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ganz herzlich begrüßen.

Kurz zur eigenen Person: Ich bin Mitglied im Landesausschuss der GEW Bayern und Vorsitzender der Landesfachgruppe Gymnasium und darf heute zu euch in Vertretung unserer Vorsitzenden Frau Gele Neubäcker sprechen.

Seit dem Bestehen der AG Friedliche Schule und Hochschule von ver.di und GEW München wird diese von der Fachgruppe Gymnasium unterstützt, Informationen werden an die KollegInnen vor Ort weitergegeben und Rückmeldungen zu eigenen Erfahrungen und über den Umgang mit dem Themenkomplex an den Schulen besprochen. Für mich persönlich ist es deswegen etwas Besonderes, heute am Treffen von aktiven GewerkschafterInnen und Initiativen hier in München sprechen zu dürfen. Da wir in Bayern Unterstützung aus anderen Regionen Deutschlands brauchen, freue ich mich besonders, dass auch außerbayerische ReferentInnen uns unterstützen. Vielen Dank für Ihr Kommen. Ich wünsche ein gutes Gelingen der Tagung.

„Widerstand in Bayern bündeln!“ Das ist das Motto und Ziel der heutigen Veranstaltung.

Dieses Treffen ist deswegen so wichtig, da im Flächenland Bayern schnell das Gefühl aufkommt, dass man ein Einzelkämpfer ist oder nur zu einer kleinen marginalen Gruppe gehört. Damit ihr merkt, dass dem nicht so ist, möchte ich nun vom Bundesgewerkschaftstag der GEW in der vorletzten Woche in Düsseldorf berichten. Dort wurden eine Reihe von Anträgen zu unseren Themen Zivilklausel und Kooperationsvereinbarung gestellt.

Die Forderung nach Zivilklauseln an Hochschulen und Forschungseinrichtungen wurde als gewerkschaftliche Forderung übernommen und die Anwesenden haben beschlossen, dafür aktiv einzutreten.

Wörtlich heißt es unter anderem in dem Beschluss:

- *Die GEW setzt sich dafür ein, dass in Satzungen und Leitbildern aller Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in den Landeshochschulgesetzen Zivilklauseln verankert werden. Sie fordert die Einrichtung von durch die Hochschulsenate zu wählenden Kontrollgremien für die Einhaltung der Zivilklauseln.*
- *Die GEW fördert die öffentliche Diskussion über Drittmittelforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, deren Ergebnisse militärisch genutzt werden können, und arbeitet dabei mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen. Die GEW unterstützt Engagement und Initiativen für Zivilklauseln und gegen die Militarisierung von Forschung, Wissenschaft und Lehre.*
- *Die GEW fordert die Aufhebung von Fachrichtungen und Studiengängen, die auf Rüstungsforschung und militärisch nutzbarer Forschung aufbauen.*
- *Die GEW unterstützt Bestrebungen zur Etablierung von Friedensforschung und entsprechender Lehre an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und beteiligt sich an der Erstellung entsprechender Konzeptionen.*

Vom Hauptvorstand wurde darüber hinaus ein weitgehender Dringlichkeitsantrag zur Friedenspolitik eingebracht. Auch daraus eine kurze Passage:

Die GEW hält die teils aggressive, teils verdeckte Werbung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und in Bildungseinrichtungen für skandalös. Die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufes sowie seine gesellschaftliche Auswirkungen werden gezielt verharmlost. Die Werbung für Actionscamps und Abenteuerurlaube täuscht bewusst über die Realität des Tötens und Sterbens im Kriegseinsatz hinweg. Junge Menschen werden durch den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen in der Ausübung ihres Rechts auf eine freie Meinungs- und Willensbildung beeinträchtigt. Das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Interesse der Schülerinnen und Schülern werden systematisch verletzt.

Die GEW fordert die Länder auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen. Sie sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses am besten dazu geeignet sind, Friedensbildung frei von Interessen Dritter zu vermitteln.

Der Antrag konnte aus Zeitgründen in Düsseldorf nicht mehr diskutiert und verabschiedet werden. Aber ich erwarte, dass der neue Hauptvorstand diesen Beschluss in Zusammenhang mit der Vorbereitung zum 20. Gewerkschaftstag des DGB nachholen wird.

Beschlossen wurde auf dem Gewerkschaftstag die Unterstützung der Aktion „Lernen für den Frieden“. In einer der kommenden Ausgaben der Gewerkschaftszeitung E&W (Erziehung und Wissenschaft) wird eine Unterschriftenliste beiliegen.

Das sind also die Standpunkte der GEW. Damit lässt sich auch hier in Bayern weiterarbeiten. Unsere Aufgabe in der GEW Bayern wird es sein, diese Beschlüsse bekannt zu machen und für die Umsetzung zu sorgen:

- Verstärkte Verbreitung der Informationen an die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere an den weiterführenden Schulen

- Beschlüsse zur Einführung von Zivilklauseln und Kündigung der Kooperationsvereinbarung auf der nächsten bayerischen Landesvollversammlung, eingebracht durch die Landesfachgruppe Gymnasium.

Die gefassten Beschlüsse ermutigen, aber all diese Beschlüsse nützen natürlich wenig, wenn sich niemand dafür einsetzt, sie auch umzusetzen.

Diese Tagung wurde dazu organisiert, damit sich möglichst viele finden, die bereit sind, sich aktiv einzusetzen.

Ihr seid die Aktiven, die bereit sind, den Widerstand zu bündeln.

Ihr seid die Menschen, die vor der Landtagswahl die Stimme erheben, gegen die Kooperationsvereinbarung und für die Einführung von Zivilklauseln.

Auf euch kommt es an!

In diesem Sinn wünsche ich allen einen erfolgreichen Verlauf der Tagung!

Andreas Hofmann
Mitglied im Landesausschuss
der GEW Bayern



Begrüßung durch ver.di Bayern



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Euch recht herzlich im Namen des ver.di Landesbezirks Bayern und besonders im Namen der ver.di Jugend Bayern begrüßen, die leider parallel ein Aktiven-Camp veranstaltet und deswegen nicht teilnehmen kann; aber Ihr könnt versichert sein, dass dieses Thema auch für sie ein politischer Schwerpunkt ist.

Kampf für Demokratie heißt auch Kampf gegen Militarisierung!

Das ist und muss unsere Devise sein - mehr denn je! Denn leider müssen wir schon lange eine schleichende Militarisierung in diesem Land erleben. Nicht nur in der Außenpolitik (und das nun seit über 20 Jahren) werden wir mehr und mehr an Kriegseinsätze gewöhnt – mit steigender Tendenz – sondern auch in der Innenpolitik. Auch die Entscheidung des BVerfG vor genau einem Jahr zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren zeigt dies mehr als deutlich.

Unsere Regierung(en), unser Bundestag/unsere Parlamente – sowohl in der BRD als auch in Europa wie in den USA – müssen sich schon Fragen gefallen lassen wie: Ist es von Ihnen tatsächlich gewollt, Probleme ernsthaft anzugehen und zu lösen – und zwar mit zivilen und friedlichen Mitteln? Weil man sonst feststellen müsste, dass man – auch – Teil des Problems ist.

Oder die Frage: Geht es bei dem Krieg gegen Terror nicht eher um andere Interessen – um einen Krieg um Rohstoffe und Marktzugang? Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libanon und Israel/Palästina, Iran sind nur wenige Beispiele.

Wird die Bundeswehr nicht Schritt für Schritt zu einer Interventionsarmee umgebaut und damit weg von einer Armee zur ausschließlichen Landesverteidigung, wie es unsere Verfassung – das Grundgesetz – zwingend vorschreibt?

Wer denkt, das sei übertrieben, hier nur ein paar Zitate aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD 2011. Künftig sind die Einsätze der Bundeswehr „...*Grundlage des Selbstbehauptungswillens und der Verteidigungsbereitschaft der Nation*“.

Wo braucht es den „*nationalen Selbstbehauptungswillen*“ im Zweifelsfall? Hierzu ein weiteres Zitat aus den „VPR“: Für „*freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung - [sie] sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung*“... und „*Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend sein*“.

Da frage ich mich: Ist es nicht ein „globaler Kreuzzug“, der mehr oder weniger unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, der Menschenrechte, in Wahrheit aber v.a. der Durchsetzung der Globalisierung, des Neoliberalismus weltweit mittels militärischer Gewalt dient?

Tatsache ist und bleibt: Die Interessen der Menschen in der EU, in Europa und anderswo werden dann am besten wahrgenommen, wenn wir uns für ein soziales, friedliches, solidarisches Europa einsetzen und wenn wir endlich aufhören, unsere eigenen ungelösten Aufgaben in andere Regionen der Welt zu exportieren.

Mit militärischen Einsätzen können keine Konflikte gelöst werden und auch kein Terrorismus bekämpft werden! Nein – im Gegenteil: Kriege lösen keine Probleme. Sie sind oft vielmehr der Grund für die sich steigernde Gewalt in der Welt. Und eins möchte ich an dieser Stelle auch betonen: Die Demütigung von Menschen hat noch nie dazu beigetragen, extremistischen Gruppen den Zulauf zu entziehen – weder hier noch anderswo!

Müssen wir noch mehr Hungern, Selbstmordanschlägen, Entführungen in den sog. „Krisenregionen“ zusehen, nur um immer und immer wieder festzustellen: Frieden schaffen mit Waffen ist unmöglich!

Und trotzdem erleben wir eine zunehmende Militarisierung im eigenen Land:

- Die Zivil-militärische Zusammenarbeit wird ausgebaut.

- Bundeswehr in Schulen, Unis und Arbeitsagenturen. Viele junge Menschen werden allerorts angeworben für die Bundeswehr. Sie gehen oft nur deswegen zur Bundeswehr, weil sie dort noch am ehesten eine Ausbildungs- und Berufsperspektive haben und nicht, weil sie patriotisch eingestellt sind.
- Auch die Militärforschung an den Universitäten nimmt zu.

Und Bayern? Hier ist ein Schwerpunkt der deutschen Rüstungsindustrie!

Die Militärforschung an den Hochschulen ist zugleich ein Spiegel der zunehmenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1990. Auf diese Entwicklung kann es für uns GewerkschafterInnen nur eine Antwort geben: Die Militarisierung im Inneren stoppen: Bildung statt Rüstung!

Und die Chancen stehen noch nicht so schlecht. Denn es gibt nach wie vor ein erhebliches Akzeptanzproblem in der Gesellschaft mit der „Bundeswehr im Einsatz“.

Deswegen müssen wir klar, deutlich und öffentlich fordern:

- Wir müssen den Einfluss der Bundeswehr an Schulen stoppen! Unsere Kinder haben ein Anrecht auf eine Schule, die zivilen und friedlichen Zwecken dient und es ist und bleibt Aufgabe von LehrerInnen, politische Bildung zu unterrichten.
- Wir wollen keine Kriegsforschung an Hochschulen. Wissenschaft, Lehre und Forschung haben die Aufgabe, für eine friedliche und humane Entwicklung einzutreten.
- Und: Wir müssen die Militarisierung der gesamten Gesellschaft stoppen.

Deswegen: Es ist richtig und wichtig, dass sich die „Zivilklausel-Bewegung“ und die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ noch enger zusammenschließen.

Denn: Das sind zwei Seiten einer Medaille: Erst versucht man es bei den Kindern an der

Schule und danach an den Hochschulen...

Wir Gewerkschaften müssen uns hier mehr einbringen, denn es ist auch unser Thema! Notwendig ist und bleibt eine Politik, die militärische Aggressionen vermeidet und eine Politik, die soziale Ungerechtigkeit verhindert. Dafür haben gerade wir Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen einzustehen! Und wir dürfen dabei nicht vergessen:

- Demokratische und friedliebende oppositionelle Gruppen, die auch Rückhalt in der Bevölkerung haben, brauchen unsere politische Unterstützung.
- Und ich sage gerade heute – an dem Tag, an dem AsylbewerberInnen am Rindermarkt für ihr politisches Asyl kämpfen: Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität! Wie verzweifelt müssen diese Menschen sein, dass sie zu diesem Schritt getrieben werden (können).
- Es zeigt auch mehr als deutlich: Ein anderes Asylrecht in diesem Lande ist schon lange überfällig: Wir brauchen eine unkomplizierte Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte statt Abschiebung in Krisenherde, die oft durch militärische und politische Intervention – auch durch die BRD – erst entstanden sind.

Enden möchte ich mit einem Zitat von Martin Löwenberg, Überlebender des Holocausts und bis heute unermüdlicher Kämpfer gegen Rassismus und Rechtsextremismus:

„Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“

In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Veranstaltung viel Erfolg und eine Breitenwirkung weit über die GEW und ver.di hinaus!

Linda Schneider,
stellv.
Landesbezirksleiterin
ver.di Bayern



An die
TeilnehmerInnen der Tagung
Widerstand bündeln, Zivilklausel verankern – Kooperations-
vereinbarung kündigen!

Aachen, den 27.6.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

mit Interesse und Aufmerksamkeit haben wir die Ankündigung zu Eurer Gewerkschaftstagung
gelesen.

Wir begrüßen sehr, dass Ihr Euch des Themas Zivilklausel und der Abschaffung der Kooperations-
vereinbarung in Bayern verstärkt annehmen werdet.

Die aktuelle Diskussion um unsere diesjährigen PreisträgerInnen „Schulen ohne Bundeswehr“
und die teils diffamierenden Berichte über den Verein Aachener Friedenspreis zeigen, dass wir mit
diesem Thema eine wichtige Debatte angestoßen haben.

Umso mehr freut uns Eure Bereitschaft, diese Themen weiter zu tragen und einer breiten gesell-
schaftlichen Diskussion zu öffnen.

Wir wünschen Euch für die Tagung von Verdi und GEW Bayern einen guten Erfolg.

Mit solidarischen und friedlichen Grüßen



Tina Terschmitt
amt. Vorsitzende
Aachener Friedenspreis e.V.

Interview mit junge Welt vom 24.06.2013

Renate Bayer ist in der „AG Friedliche Schule und Hochschule“ der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Bildungsgewerkschaft GEW, Bezirk München

Sie laden am kommenden Samstag – 29. Juni – zur Tagung „Zivilklausel verankern – Kooperationsvereinbarung kündigen“ in München ein. Worum geht es da genau?

Genauer gesagt laden ein der Landesverband der GEW und der Landesbezirk ver.di unter dem Motto „Widerstand in Bayern bündeln“. Gerade in Bayern, wo die größte nationale Forschungsdichte für die Rüstungsindustrie besteht, steckt die Auseinandersetzung um eine Zivilklausel noch in den Kinderschuhen. Wir wollen auch die Kräfte bündeln, die sich gegen das Kooperationsabkommen der Bundeswehr mit dem Kultusministerium engagieren wollen. Wir wollen diesen Forderungen anlässlich der Landtagswahlen Nachdruck verleihen. Zu Wort kommen sollen diejenigen, die sich in Bayern bereits für diese Forderung engagiert haben, z.B. die Augsburger Studenten, die sich gegen einen Rüstungspark vor ihren Toren wehren. Eingeladen sind also Beschäftigte, Studenten, Lehrer, Schüler, Eltern, die sich gegen die Militarisierung der Bildung zur Wehr setzen wollen.

Lässt sich an der bereits 2010 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium in Bayern denn überhaupt noch etwas ändern?

Gerade die Jugend soll ja für das Konzept der Interventionsarmee, der „Armee im Einsatz“ und für die Inhalte der Verteidigungspolitischen Richtlinien gewonnen werden. Als Multiplikatoren werden verstärkt die Lehrer von der Bundeswehr angesprochen. Es gibt schon Resolutionen gegen das Kooperationsabkommen u.a. vom Bayerischen Jugendverband, dem Bayerischen Elternverband. Ob wir das Kooperationsabkommen zu Fall bringen oder nicht: Der Kampf um die Köpfe muss geführt werden. Wir müssen gerade als Gewerkschafter immer wieder klarstellen, dass die Interessen der Krisenverursacher um Rohstoffe und Absatzmärk-

te, um die Vorherrschaft in der Welt, nicht unsere Interessen sind.

Die Bundeswehr wirbt auch immer stärker in Radio und Fernsehen, in Schülerzeitungen und das Verteidigungsministerium ist sogar Mitherausgeber von Unterrichtsmaterialien zu „Sicherheitspolitik“. Wollen Sie auch gegen die mediale Werbung des Militärs etwas unternehmen?

Wichtig wäre, dass sich allerorts Widerstand regt. D.h. dass die Auseinandersetzung in den Schulen von Lehrern, Eltern und Schülern geführt wird. Dass Studenten, Wissenschaftler und nichtwissenschaftliche Beschäftigte sich gegen die Rüstungsforschung engagieren. Dass Schulen Beschlüsse gegen die Bundeswehr an ihren Schulen durchsetzen wie die Schulen in Frankfurt, Düsseldorf und Berlin, die mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet werden. Wir wollen mit unserer Tagung die einzelnen Widerstände, die sich in Bayern regen, zusammenführen.

Die Veranstaltung findet im DGB-Haus in München statt – der Gewerkschaftsbund hat zuletzt eher mit seiner Nähe zur Bundeswehr und zu Verteidigungsminister de Maizière für Schlagzeilen gesorgt...

Michael Sommer hat klar gegen die Beschlusslage des DGB verstoßen. Gerade hat sich die GEW auf ihrem Hamburger Gewerkschaftstag dagegen positioniert. Aus der Gewerkschaft ver.di erreichten Michael Sommer viele Protestbriefe.

Mit der Erklärung „Wir widersprechen“, die aus dem Münchner Gewerkschaftshaus kommt, haben sich bundesweit viele Gewerkschafter solidarisiert. In dieser Erklärung heißt es: „Wir müssen alles dafür tun, um gegen diesen Schulterschluss des DGB mit der deutschen Kriegspolitik die alte und wieder hochaktuelle Erkenntnis zu setzen: *Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen liegt die Entscheidung über Sein und Nichtsein des heutigen Militarismus.*“ Rosa Luxemburg (1871 - 1919). In diesem Geiste laden wir herzlich zu unserer Tagung ein!

Beitrag AG Friedliche Schule und Hochschule München

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

den Widerstand in Bayern bündeln! Ein schwieriges Unterfangen möchte man meinen, wo die Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen vorbereitet wird.

Nachdem dieses Deutschland wieder größer geworden ist, strebt man danach, bei der Aufteilung der Welt wieder ein gehöriges Wörtchen mitzureden.

1992 verkündete der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe, dass *„wir auf Kampfeinsätze [...] im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. [...] Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten“*¹.

Schon damals wurde in den Verteidigungspolitischen Richtlinien die Aufgabe der Bundeswehr in der *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“*² gesehen.

Stück für Stück wurden wir seitdem auf die Dauereinsätze der Bundeswehr im Ausland vorbereitet.

2003 unter Verteidigungsminister Peter Struck wurde dann die Aufgabe der Bundeswehr zur Landesverteidigung endgültig auf den Misthaufen der Geschichte geworfen: Verteidigung lasse sich *„heutzutage nicht mehr geographisch eingrenzen“*, was dann in der Feststellung mündete, Deutschland müsse *„am Hindukusch“*³ verteidigt werden.

Trotzdem „wurde“ Horst Köhler als Bundespräsident zurückgetreten, weil er in einem Interview die kriegspolitischen Ziele der BRD allzu offen deklarierte. Die Gesellschaft war wohl noch nicht genügend darauf vorbereitet, für die Krisenverursacher wieder in einen Krieg um Rohstoffe und Absatzmärkte zu ziehen.

1 SPIEGEL 30/1992

2 VPR 1992

3 Regierungserklärung, 11.03.2004

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien wurden dann unter Thomas de Maizière 2011 zu einer Kriegserklärung an alle, die sich gegen die Interessen des deutschen Kapitals stellen:

Unter dem Motto: *„Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“* ist hier folgendes zu lesen: *„Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“*⁴ (S.5)

Und zwar den *„Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum“* (S.10)

Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören: *„einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“* (S.5)

„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. [...] Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“ (S.3f)

Zu diesem Zweck wird die Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz umgebaut und die Gesellschaft umfassend auf die kommenden Kriege vorbereitet: Das Zentrum für Analyse und Studien der Bundeswehr hatte bereits 2002 erklärt, das deutsche Militär könne künftig nicht



Tag der offenen Tür Bundeswehr Bad Reichenhall 2011 - Youtube

4 VPR 2011

mehr nur defensiv agieren, sondern müsse zu „*offensiven Operationen*“⁵ übergehen – ohne geographische Begrenzung. So knüpft die Aufrüstung der deutschen Marine und deren Ausrichtung auf Angriffshandlungen gegen andere Staaten an die „*unrühmliche Tradition des Kaiserreiches und des Hitlerfaschismus an.*“⁶



Klein-Mitrovica im Visier - Bad Reichenhall 2011 - Bündnis Rabatz

Da diese „*Armee im Einsatz*“ sich konsequent auf die militärischen Kernfähigkeiten und hoheitlichen Aufgaben konzentrieren muss, so der Bericht der Strukturkommissionen der Bundeswehr vom Oktober 2010, müssen das „*Heer und die Streitkräftebasis von Aufgaben, die nicht zu den militärischen Kernaufgaben gehören, entlastet werden. Hierdurch frei werdende Kapazitäten können für die Vorbereitung und Durchführung von Einsatzaufgaben genutzt werden*“⁷.

Konkret heißt dies eine Unterordnung der Gesellschaft unter das Militär:

So werden das Technische Hilfswerk, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Rote Kreuz, die Johanniter, die Malteser, der deutsche Feuerwehrverband und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft der Bundeswehr unterstellt, wie jetzt bei der Flut deutlich zu erkennen war.

So soll laut DRK-Gesetz das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser Hilfsdienst und der Johanniter Unfall-Hilfe den Sanitätsdienstes der Bundeswehr unterstützen⁸.

5 Süddeutsche Zeitung 09.11.2002

6 www.german-foreign-policy.com, 17.12.2003

7 BMVg, PM vom 27.01.2011

8 BGBl I, S. 2346, 05.12.2008

Im Kooperationsvertrag der Johanniter mit der Bundeswehr wurde festgelegt, dass im Inland eine „*gemeinsame Ausbildung sowie eine Mitnutzung der Infrastruktur*“ stattfinden soll, „*im Ausland sollen logistische und medizinische Leistungen gegenseitig bereitgestellt werden.*“⁹

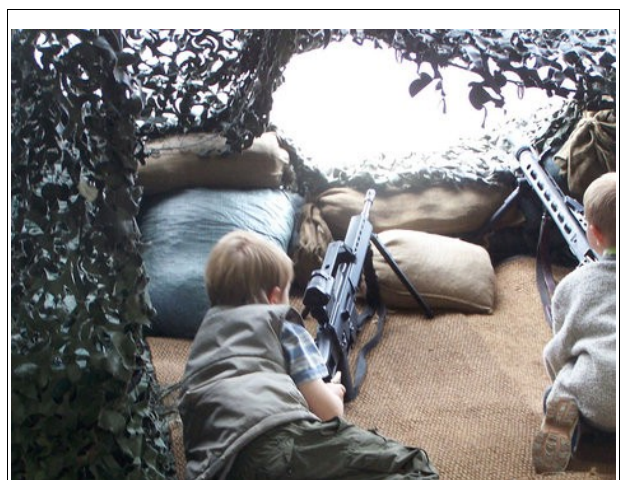
Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, bringt es auf den Punkt: „*Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen [...]. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken.*“¹⁰

Laut Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 03.07.2012 wird nun auch dem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk Tür und Tor geöffnet. Darüber hinaus wird seit 2006 ein flächendeckendes Netz von Heimatschutzkommandos systematisch aufgebaut und durch de Maizières „*Konzeption der Reserve*“ mit Masse gefüllt.

Die AG Friedliche Schule und Hochschule hat zu dem Thema „*Armee der Reserve*“ und dem „*Einsatz der Bundeswehr im Inneren*“ jeweils eine Flugschrift veröffentlicht.

Die Militarisierung der Gesellschaft macht vor Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Betrieben nicht Halt. Im Gegenteil: gilt es doch, gerade die Jugend für die kommenden Kriege zu gewinnen.

So gilt es als oberstes Ziel des Einsatzes der Jugendoffiziere, die Zustimmung der Bevölkerung zu Kampfeinsätzen zu bekommen. Dies schrieb der ehemalige Verteidigungsminister



Klein-Mitrovica im Visier - Bad Reichenhall 2011 - Bündnis Rabatz

9 Kooperationsvertrag, 17.08.2010

10 Handelsblatt, 03.01.2010

Jung 2008 in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder, in dem er diese aufforderte Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abzuschließen. Diese haben u.a. als Ziel:

- die Einbindung von Jugendoffizieren in die Ausbildung von Referendaren,
- die Fortbildung von Lehrkräften als Multiplikatoren,
- die Teilnahme an Fortbildungen bei der Bundeswehr,
- die Veröffentlichung der Bildungsangebote auf allen möglichen Plattformen wie Amtsblätter der Staatsministerien,
- natürlich die Einladung von Jugendoffizieren in den Unterricht.

Die Idee ist nicht neu: Diese Spezialeinheit wurde unter dem ersten Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger am 08.09.1958 gegründet, um den Widerstand gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu brechen.

Die Bilder zeigen Heusinger bei seiner früheren Arbeit und deren Ergebnis.



Heusinger (ganz links)
Lagebesprechung, Hauptquartier Heeresgruppe Süd
Bundesarchiv, Bild 183-B24543 / CC-BY-SA

Heusinger war an den Vorbereitungen sämtlicher militärischer Aggressionshandlungen der Hitlerfaschisten beteiligt.

Im Jahresbericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2008 wurde festgestellt, dass es bei Schülern eine besondere persönliche Betroffenheit bezüglich der Auslandseinsätze erzeugt, wenn elektronische Geräte wegen Rohstoffknappheit nicht mehr ausreichend nach Europa geliefert werden können. Wie setzt der Jugendoffizier

Reinhard Stadler diese Erkenntnis in die Praxis um?

„Er war schon an vielen Schulen. Stadler sagt, am Anfang stehen viele Schüler Militäreinsätzen kritisch gegenüber – wenn er ihnen z.B. vom Auslandseinsatz im Kongo erzählt. Viele Schüler fragen, was deutsche Soldaten denn dort zu suchen hatten. Doch am Ende seines Besuches haben die meisten Schüler kapiert: Was die Bundeswehr im Ausland tut, ist richtig und wichtig. 90 % eines Edelmetalls, nämlich Coltan, wird z.Zt. im Kongo gefördert, und unsere Chip-, Computer- und die ganze Silizium-industrie ist wesentlich abhängig von diesem Material. Wenn ich dann frage: Wer von Euch hat ein Handy? Melden sich alle und heben den Arm. Und dann verstehen sie auch, wie hier Sicherheitspolitik mit Wirtschaft zusammenhängen kann.“¹¹

Der Werbeetat der Bundeswehr wurde in 10 Jahren um 20 Millionen Euro erhöht. Die Bilder vom Tag der offenen Tür in Bad Reichenhall 2011 geben einen kleinen Eindruck der Werbemaßnahmen.



Deutsche Soldaten brennen das echte Mitrovica 1941 nieder
United States Holocaust Memorial Museum,
courtesy of Muzej Revolucije Narodnosti Jugoslavije

¹¹ Bayerischer Rundfunk, 08.06.2010

Wie ihr wißt, ist die Bundeswehr mittlerweile omnipräsent. Sie ist zu finden auf Ausbildungsmessen, im Internet und in Jugendzeitschriften wie der BRAVO. Hier wirbt sie für Erlebnis-camps auf Sardinien oder in Berchtesgaden. Mit Lust auf Abenteuer und Technikbegeisterung versucht sie Kinder zu ködern und tut so als wäre das Handwerk zum Töten ein Beruf wie jeder andere.

Vom Bundesministerium der Verteidigung über die Einsätze der Bundeswehr an Schulen im Jahr 2012 werden folgende Zahlen über mit Armee-Werbung konfrontierte Schülerinnen und Schüler genannt:

- über Jugendoffiziere: 139.844 Schüler + 12.166 Lehrkräfte
- über Wehrdienstberater: 254.600 Schüler + 25.310 Lehrkräfte + 81.380 Multiplikatoren
- Gesamtzahl: 394.444 Schüler + 118.856 Lehrer und Multiplikatoren

(Aus der Antwort des ParlSts vom 11.2.13 auf eine kleine Anfrage im Bundestag, Nr. 1780016-V556)

Gegenüber 2011 sind das Steigerungen von 4 % bei den Schülern und 290 % bei den Lehrkräften.

Dabei wird die von der BRD unterschriebene Kinderrechtskonvention mit Füßen getreten. Diese besagt, dass die Bildung des Kindes „im Geiste der Verständigung, des Friedens [...] und der Freundschaft zwischen allen Völkern“¹² gerichtet sein muss.

Auch die Hochschulen sollen sich den kriegspolitischen Zielen der BRD unterordnen.

Dabei geht es zum einen um die Nutzung ziviler Forschungseinrichtungen und Ausbildungskapazitäten, um die Rekrutierung wissenschaftlicher Fachkräfte für die Armee oder Rüstungsindustrie. Dies passiert im Rahmen von Rüstungsforschung, von wehrmedizinischer und pharmazeutischer Forschung, im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Interventions- und Okkupationsforschung und unter dem Deckmantel der Sicherheitsforschung.

Die Unterfinanzierung der Hochschulen ist hier sehr „hilfreich“, denn die Hochschulen sind abhängig von Drittmittelaufträgen, Partnerschaftsabkommen, Stiftungsprofessuren oder direkten Kooperationen mit Bundeswehr-Einrichtungen.

In Bayern, dem Eldorado der Rüstungsindustrie, kann man diese Entwicklung gerade sehr

¹² Art. 29, Bildungsziele, UN-Kinderrechtskonvention

gut beobachten. Hier entstehen Projekte dieser Art mit der größten nationalen Forschungsdichte:

Bundeswehr, Rüstungsindustrie und zivile Hochschulen errichten eine neue Forschungsinstitution auf dem Gelände einer ehemaligen militärischen NS-Versuchsanstalt in Ottobrunn. Der „Bavarian International Campus Aerospace and Security“ (BICAS¹³) soll der Entwicklung sowohl autonom agierender Kampfdrohnen als auch ziviler Sicherheitstechnik dienen. Erklärtes Ziel ist die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in „marktreife Produkte“. Die Bundeswehr betont, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Rüstungswirtschaft auf dem Gebiet der Unmanned Combat Aerial Vehicles, sprich Kampfdrohnen, für die Transformation der Bundeswehr zur weltweit agierenden Interventions- und Besatzungsarmee unabdingbar sei.

Daneben geht es den beteiligten Waffenschmieden, EADS, IABG, Siemens, DLR (deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt), der Technischen Universität München, der FH München, der Bauhaus Luftfahrt (MTU) und der Münchner Bundeswehruniversität insbesondere um die Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses und um die „Weiterbildung von



Denkmal zur Erinnerung an das KZ-Außenlager Ottobrunn - Rufus46

¹³ inzwischen umbenannt in Ludwig-Bölkow-Campus

einschlägigen Fachkräften“. Branchenkenner schätzen den Finanzbedarf auf 150 Mio. €, die Bayerische Staatsregierung hat bereits die Zahlung von 20 Mio. € zugesagt. Wie der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer erklärt, „vernetze“ man „Grundlagenforschung für Luftfahrt, Raumfahrt und Sicherheit“; um „Innovationskraft“ zu demonstrieren, wolle man in „neue, erstmals in Deutschland angebotene Studiengänge“, in eine „Graduiertenschule für Doktoranden“ und in ein „Gründerzentrum“ investieren.

Um Firmen für eine Ansiedlung auf dem neuen Campus zu gewinnen, wird von Seiten der Betreiber gerne auf dessen Geschichte verwiesen. Der Vorstandsvorsitzende des EADS-Konzerns, Thomas Enders, etwa bezeichnet das BICAS-Gelände als „eine(n) der traditionsreichsten Hightech-Technologie-Standorte Deutschlands.“ Während des Zweiten Weltkriegs befand sich hier die unter Ägide des Messerschmitt-Konzerns errichtete Luftfahrtforschungsanstalt München (LFM), die Triebwerke für Kampfflugzeuge entwickelte. Die notwendigen Bauarbeiten mussten mehrere hundert Häftlinge des KZ Dachau verrichten, die in einem Außenlager nahe LFM untergebracht waren. Misshandlungen durch die SS-Wachmannschaft waren an der Tagesordnung.¹⁴

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier, weil wir den Widerstand in Bayern gegen die Militarisierung der Schulen und Hochschulen bündeln wollen. Es gibt gute Beispiele des Widerstands:

Der Aachener Friedenspreis 2013 geht an drei Schulen, die der Bundeswehr Werbeveranstaltungen und Auftritte im Unterricht untersagen. Eine der drei Schulen ist die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach. Wie die ebenfalls ausgezeichneten Schulen in Düsseldorf und Berlin war sie unter den ersten, die Schulkonferenzbeschlüsse gegen verstärkte Werbung der Bundeswehr fassten. Im Sinne der Kinderrechtskonvention: „Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft

anpreisen kann.“¹⁵

Bündeln wir den Widerstand für die Abschaffung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium!

An den Hochschulen hat sich eine Bewegung für die Zivilklausel, für eine zivile und friedliche Forschung und Lehre gebildet:

De Maizière hält die Einführung einer Zivilklausel für einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit des einzelnen Wissenschaftlers.¹⁶

Auch Prof. Hajek, Leiter des Stiftungslehrstuhls von Eurocopter an der TU München und Gestalter der Konzeption des Studiengangs bei BICAS wehrt sich gegen die Zivilklausel, weil er sich weder von Eurocopter noch von einer Zivilklausel die Freiheit der Wissenschaft beschneiden lasse.¹⁷

Die Linken stellten an den Bundestag die Anfrage: „Welche Hochschulen haben Drittmittelzuwendungen des Bundesministerium der Verteidigung seit 2000 erhalten?“

Die Antwort lautete zunächst „VS – nur für den Dienstgebrauch“. „Die Antwort ist in der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestags hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimchutzordnung eingesehen werden.“¹⁸

Eine erneute Anfrage bezüglich 48 Hochschulen wurde zwar beantwortet, doch: „Bei Gesamtdarstellungen mit der Angabe von Einzelprojekten, Finanzmitteln und Zuwendungsempfängern bestehe aus Sicht der Bundesregierung Geheimchutzbedarf.“¹⁹

Soviel zur Freiheit der Wissenschaft unter dem Diktat des Militärs!

Ich denke, die Studenten sind auf dem richtigen Weg, die Auseinandersetzung an den Hochschulen gegen die Militarisierung zu führen!

Bündeln wir den Widerstand für die Verankerung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz!



Renate Bayer

15 Beschluss der Schulkonferenz, 23.03.2011

16 UNICUM Dezember 2012

17 SZ, 02.04.2013

18 BDS 17/3337, 19.10.2010

19 BDS 17/6200, 15.06.2011

14 www.german-foreign-policy.com, 22.04.2013

Beitrag Bayerischer Elternverband



Bundeswehr im Unterricht

Externe beleben den Unterricht, das ist unbestritten.

Umstritten ist jedoch, ob Jugendoffiziere der Bundeswehr eine Bereicherung darstellen.

Das bayerische Kultusministerium hat eine Vereinbarung mit der Bundeswehr getroffen, die ihr den Zugang zu Schulen erleichtert. Üblicherweise entscheidet die Schulleitung, ob Jugendoffiziere eingeladen werden, um mit den Jugendlichen über sicherheitspolitische Fragen zu diskutieren. Doch auch das Schulforum kann diese Entscheidung treffen, wenn es den Bundeswehrunterricht zur „*Veranstaltung im Rahmen des Schullebens*“ erklärt. Für solche Veranstaltungen braucht die Schulleitung nach Art. 69 des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes die Zustimmung des Schulforums. Es genügt, wenn ein Mitglied des Schulforums - z. B. ein Schüler- oder Elternvertreter - einen entsprechenden Antrag stellt, über den das Schulforum abstimmen muss.

Unterricht ist Pflicht.

Das gilt grundsätzlich auch für den Unterricht mit einem Jugendoffizier. Möchten einzelne Schülerinnen und Schüler aus Gewissensgründen nicht teilnehmen, sollten sie bei der Schulleitung einen Antrag auf Befreiung stellen.

Aus Sicht des Kultusministeriums ist Bundeswehrunterricht ein „*begründeter Ausnahmefall*“, d.h. die Schulleitung darf von diesem Unterricht befreien. Wenn sie das tut - was sie nicht muss -, schickt sie die Schülerinnen und Schüler normalerweise in eine andere Klasse.

Der Bayerische Elternverband (BEV) hatte im Februar 2011 in einer Petition an den bayerischen Landtag gefordert, dass die Entscheidung über die Einladung von Jugendoffizieren künftig im Schulforum, also von Schülern, Lehrern und Eltern gemeinsam getroffen wird und dass Schüler sich aus Gewissensgründen befreien lassen dürfen.

Die Antwort war, dass dies nach geltenden Regelungen bereits möglich sei. Der BEV empfiehlt, vorsorglich einen Befreiungsantrag zu stellen, bei Ablehnung eine schriftliche Begründung zu verlangen und dann Widerspruch einzulegen.

Petition, Antwort und Befreiungsantrag siehe elternbayern.jimdo.com/informationen/downloads

Ursula Walther



Kontra Kriegspolitik an Hochschulen „Yes We Can“

Vorbemerkung

In diesen bewegenden Zeiten zwei Monate nach einem zeitlich knapp bemessenen mündlichen Input-Beitrag mit Folien eine schriftliche Fassung als Broschürenbeitrag abzuliefern, ist nicht ganz einfach. Ich bitte um Verständnis, wenn ich mir erlaube, an einigen Stellen aktuelle Ergänzungen einzufügen.

Um damit gleich konkret zu beginnen: Anlässlich der beiden zeitlich aufeinander folgenden Kundgebungen zum Antikriegstag und zur bundesweiten StopWatchingUs-Aktion wurden gestern in Karlsruhe weitere 140 Unterschriften „Lernen für den Frieden“ gesammelt. Zu den UnterzeichnerInnen gehören fünf mitwirkende BundestagskandidatInnen der GRÜNEN, LINKEN, SPD und PIRATEN. Im Mittelpunkt der Antikriegstags-Kundgebung stand der drohende Syrienkrieg. Dazu war am Vortag in der Süddeutschen Zeitung ein bemerkenswerter Kommentar „Deutschland und der Krieg - Das restaurierte Tabu“ erschienen, in dem von einer „Retabuisierung des Militärischen“ gesprochen wurde.

Ich muss gestehen, während diese Zeilen niedergeschrieben werden, stehe ich unter dem Eindruck einer noch weitaus folgenreicheren Botschaft. Die Washington Post hatte am 30. August unter der Schlagzeile *“U.S. military officers have deep doubts about impact, wisdom of a U.S. strike on Syria”* berichtet. Das wurde heute früh am Antikriegstag unter dem Titel *„Historische Blamage: Meuterei der US-Militärs zwang Obama zum Rückzug“* in Deutsche Wirtschaftsnachrichten veröffentlicht (01.09.2013). Der Beitrag schließt in Anlehnung an den bekannten Spruch der Friedensbewegung: *„Stell Dir vor: Der Präsident sagt, es ist Krieg, und keiner geht hin.“*

Der weltweite Protest scheint inzwischen in das Herz der Kriegsmaschine vorgedrungen zu sein. Der Kopf des militärisch-industriellen Geheimdienst-Komplexes, ausgerechnet ein Friedensnobelpreisträger, hat das alles offenbar noch nicht nachvollzogen, ebenso wenig wie die hiesigen Herrschenden.

Wiederentdeckung des Friedlichen

Eröffnen möchte ich meinen Beitrag mit einem Zitat: *„Eines der wichtigsten Bildungsziele für Schule und Hochschule muss die Erziehung zum friedlichen Zusammenleben der Menschen sein.“*²⁰ Alle Konflikte im Kleinen wie im Großen können meiner Überzeugung nach gewaltfrei gelöst werden. Bildung und Wissenschaft und wir alle müssen dazu beitragen, nicht zuletzt aufgrund der Lehren aus der deutschen Geschichte.

Gerade in München ist es mir ein großes Anliegen, den hier lebenden antifaschistischen Widerstandskämpfer, Holocaust-Überlebenden und Antimilitaristen Martin Löwenberg zu würdigen. Martins ein Leben lang praktizierter Leitsatz *„Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“* ist ein wunderbares Leitbild für den gesamten Bildungsbereich.



Martin Löwenberg – D. Schulze

Dabei geht es nicht nur um eine eher passive Retabuisierung des Militärischen, sondern um eine aktive Wiederentdeckung des Friedlichen. Die Zivilklausel zum Beispiel in der Bestimmung *„Forschung und Lehre dient friedlichen und zivilen Zwecken.“* hat sich aus historischen Gründen gegen militärische Zwecke gerichtet. Dass sie in Tübingen mit der Bestellung von

²⁰ www.teachernews.net, 25.06.2013

Wolfgang Ischinger (Münchener „Sicherheits“-konferenz) zum Honorarprofessor pervertiert wird, ist Ausdruck der einen Seite der Problematik. Die konstruktive Seite, nämlich die Übernahme überzeugender Projekte mit zivilen Zwecken wie die an der Uni Bremen geforderte Forschungsprofessur für Rüstungskonversion (Umstellung von Rüstungsbetrieben auf vernünftige zivile Produktion), ist in der bundesweiten Zivilklausel-Debatte noch zu wenig entwickelt.

Das kann man verstehen, weil das Unvermeidliche, Notwendige und Naheliegende die Abweisung von Kriegspolitik ist, wie das mit der Schlagzeile der jungen Welt „Yes, we can - Krieger brauchen Kontra“ am Beispiel der drei Whistleblower Manning, Assange und Snowden ausgedrückt wird.

Hochschulen mit Zivilklausel

Anhand einer Grafik mit zwölf Zivilklauseln habe ich kurz die zeitliche Entwicklung skizziert. Hier zeigt sich die eingangs erwähnte Dynamik. Tatsächlich ist die Anzahl an Zivilklauseln

selbst inzwischen auf vierzehn angewachsen. Neun neue seit Beginn der Auseinandersetzungen vor fünf Jahren in Karlsruhe. Davon drei in diesem Halbjahr, nämlich im Juni an der Uni Münster, im Februar an der Uni Göttingen und im Januar an der Uni Frankfurt a.M., davor an der TU Darmstadt, den Hochschulen Bremen und Bremerhaven, der Uni Rostock, der TU Ilmenau und der Uni Tübingen. Seit 1986 hat die Uni Bremen eine Zivilklausel und 1991 kamen Zivilklauseln an der Uni Konstanz und den TUs Berlin und Dortmund sowie 2007 an der Uni Oldenburg dazu.

Urabstimmung als Mobilisierungsmittel

Ebenso interessant sind die sechs (Ur)Abstimmungen in Hochschulen für die Zivilklausel. Erfolgreich an der Uni Karlsruhe 2009, der Uni Köln 2010, der FU Berlin 2011, der Uni Frankfurt a.M. 2012, der Uni Kassel im Januar 2013 und der Uni Kiel im Juni 2013.

Dieses letztere Votum der Studierenden hat inzwischen zu einem riesigen Pressewirbel geführt. Nirgendwo sonst ist die Diskrepanz zwi-

14 Unis mit Zivilklausel



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER



Universität
Rostock



th
TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
ILMENAU



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT



GOETHE
UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN



Hochschule Bremerhaven



EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



HOCHSCHULE BREMEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Bilanz 17. Juli 2013: Fünf historische Zivilklauseln (unten) und neun neue (oben) seit Urabstimmung KIT Karlsruhe Jan. 2009



Universität
Berlin



Universität Bremen



Universität
Konstanz



CARL VON
OSSIETZKY
UNIVERSITÄT
OLDENBURG



tu technische universität
dortmund

NatWiss-Umfrage
Natascha Bisbis „Wissenschaft & Frieden“ 2/2010

»Freiheit der Wissenschaft & »Kreative Unruhe«
dietrich.schulze@gmx.de

schen breitangelegter Kriegs- und Interventionsforschung in den Fachbereichen der Uni Kiel und dem gegenteiligen Willen der Studierenden so groß. Einer der Kieler Kriegsforschungs-Professoren, schrieb einen zutiefst empörenden Brandbrief gegen Zivilklauseln und setzte die Zivilklauselbewegung mit der Nazi-Judenverfolgung gleich²¹.

Die Willensbildung durch Urabstimmungen wie zuletzt in Kiel hat sich als sehr wirksames und nachahmenswertes Mittel für die Bewusstmachung der Verantwortung der Wissenschaften für den Frieden herausgestellt. Als Beispiel für eine umfassend durchdachte Zivil- und Transparenzklausel mag der Text der Kasseler Urabstimmung gelten: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“

Furcht vor der Zivilklausel

Es gibt allen Grund, Ihnen ein Zitat aus der WELT am Sonntag vom 16.06.2013 zu Gemüte zu bringen. Unter dem Klagetitel *„Fehlende Anerkennung - Die Bundeswehr, Deutschlands ungeliebte Armee - An den Schulen unerwünscht, an den Unis verspottet“* heißt es wörtlich über den Widerstand in den Universitäten: *„Ein anderes Beispiel für die Abneigung der institutionalisierten Bildungsrepublik Deutschland gegen ihre eigenen Militärdienstleister liefert die Zivilklauselbewegung in der deutschen Hochschulszene. Ihre Protagonisten wollen möglichst viele Universitäten davon überzeugen, auf Lehre und Forschung für militärische Zwecke zu verzichten. In Niedersachsen galt eine entsprechende Verpflichtung schon einmal flächendeckend. Damals hieß der amtierende Ministerpräsident Gerhard Schröder. Heutzutage gelten Zivilklauseln unter anderem in Tübingen, Köln, Göttingen und Frankfurt am Main. In der dortigen Goethe-Universität hat im März nach dem Hochschulrat und dem*

21 www.stattweb.de/files/civil/Doku20130704.pdf

Senat auch das Präsidium der Universität die Zivilklausel verabschiedet. Max Rudel, beim AStA der Universität zuständiger Referent, freut sich: »Militärforschung hat an den öffentlichen Hochschulen keinen Platz.« Und die Vizepräsidentin der Universität, Professorin Tanja Brühl, ergänzt: »Ich freue mich, dass das universitäre Bekenntnis zur Friedfertigkeit in der Goethe-Universität einen so großen Widerhall findet.« Und weiter *„Eine Truppe, der sich Schulen und Universitäten dauerhaft verweigern, die von denen, deren Freiheit sie verteidigen soll, lieber übersehen als wertgeschätzt wird, kann ihre Aufgaben auf Dauer nicht erfolgreich erledigen. Sie verliert ihre Attraktivität, ihre Zugkraft, ihre guten Leute, ihre Leistungskraft.“*

Ähnliches hatte früher schon Vorwärtsverteidigungsminister auf Abruf, Thomas de Maizière, geäußert und später der zitierte Kieler Professor. Eher anspornend als beunruhigend, vor allem aber auf die Notwendigkeit hinweisend, die gerechteste Sache der Welt verstärkt mit Sachlichkeit, Energie und Engagement zu vertreten.



Tagung, 29.06.2013 - Forum Augsburg

Zur Klarstellung: Das ganze Gegenteil der Klagemauer, nämlich gezielte und wachsende Militarisierung läuft real ab. Nur eben nicht so geräuschlos, wie sich das Bundeswehr und Bundespolitik wünschen. Nur stichwortartig einige Methoden der Militarisierung: Unterfinanzierung, Stiftungsprofessuren, Doppelberufungen z.B. mit Fraunhofer-Gesellschafts-Instituten, zivilmilitärische Forschungskomplexe wie Cotesys und BICAS in München. Dazu

kommen Vertuschung und Geheimhaltung, Orwell-Interpretationen „Krieg ist Frieden“, womit die Zivilklausel zur Farce gemacht werden soll. Zur Vertiefung wird auf „Schluß mit der Militarisierung der Köpfe!“²² verwiesen. Zur fortgeführten Pressekampagne gegen die Zivilklausel und den Aachener Friedenspreis für militärfreie Schulen wird auf den Artikel „Furcht vor der Zivilklausel?“²³ aufmerksam gemacht.

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Die wichtigste, pausenlos von Oben gegen die Zivilklausel in Stellung gebrachte Begründung ist der angebliche Verstoß gegen die grundgesetzlich verbrieftete Freiheit der Wissenschaft. Dazu nur eine aktuelle Stimme, die gleichzeitig eine gute Kurzfassung der von mir vorzutragenden Problematik zur Zivilklausel in Karlsruhe und Baden-Württemberg enthält.

Torsten Bultmann (BdWi-Geschäftsführer) schreibt zu seinem Vortrag am 2. Mai an der Uni Köln zum obigen Thema: „Es hat sich herumgesprochen, dass im Dezember 2012 die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Namen ihres Ministeriums ein Positionspapier veröffentlichte, das den ungeheuer bedeutungsschweren Titel »Verantwortung der Wissenschaft statt gesetzlicher Zivilklauseln« trägt. Es dürfte sich dabei um eine Reaktion auf die anhaltenden - und nicht unterschiedenen - Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen und auf den politischen Druck aus der Hochschulöffentlichkeit handeln, verbindliche Zivilklauseln einzuführen. Gleich auf der ersten Seite heißt es: »Zivilklauseln, die auf das Verbot von Forschungsvorhaben zielen, deren Ergebnisse militärisch nutzbar sein könnten, sind rechtlich nicht zulässig. Sie schränken die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit in unzulässiger Weise ein und sie gefährden die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Wissenschaft.« Politisch ist dies eine Rolle rückwärts, da sich die Öffentlichkeit hartnäckig daran erinnert, dass sowohl die Grünen als auch die SPD im Landtagswahlkampf, der dann zur Ablösung der schwarz-gelben Map-

pus-Regierung geführt hat, das Gegenteil versprochen haben: die verbindliche Einführung einer Zivilklausel nicht nur im KIT-Gesetz, sondern auch im Landeshochschulrecht“²⁴.

Unter dem Titel „»Freiheit der Wissenschaft« und Kriegsforschung“ mehr dazu in BdWi „FORUM Wissenschaft“ 1-2013.

Die Auseinandersetzung hält an. Kürzlich haben die Hochschul-Jugendorganisationen der beiden baden-württembergischen Regierungsparteien (CampusGrün und Juso-HSG) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der an die vor der Landtagswahl abgegebenen Wahlversprechen erinnert und eine gesetzliche Zivilklausel gefordert wird²⁵.

„Schulfrei für die Bundeswehr“ und „Lernen für den Frieden“

Im Sinne der Vernetzung der Aktivitäten im Bildungsbereich wurde ich gebeten, kurz über den Sachstand zur Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr in Baden-Württemberg zu berichten.

Am 14.06.2013 gab es vor dem Kultusministerium in Stuttgart eine Mahnwache für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung vom Dezember 2009. Trotz eindeutigen Wahlversprechen wird diese von der Grün-Roten Landesregierung immer weiter hinausgezögert. Es gab einen Brief des Runden Tisches Freiburg und eine koordinierte Telefonaktion die sich an alle Landtagsabgeordneten der beiden Regierungsfaktionen richteten. Viele Abgeordnete unter-



Mahnwache - D. Schulze

22 www.heise.de/tp/artikel/39/39165/1.html

23 www.nachdenkseiten.de/?p=18192

24 www.zivilklausel.uni-koeln.de/vortrag_freiheit-und-verantwortung.htm

25 www.trueten.de/uploads/Texte/Reader20130711.pdf

stützen die Kündigung. MP Kretschmann (GRÜNE) und Innenminister Gall (SPD) sind dagegen, Kultusminister Stoch (SPD) zurückhaltend. Auf alle Fälle soll verhindert werden, dass es zu einer Modifizierung der Vereinbarung kommt.

Weitere Aktionen sind geplant. Am 09.11.2013 wird es in Karlsruhe eine bundesweite Tagung „Lernen für den Frieden“ geben, in der die Gemeinsamkeiten im Bildungsbereich zur Sprache kommen sollen, insbesondere die versprochene Kündigung der Kooperationsvereinbarung und die Unterschriftenkampagne für militärfreie Schulen und Hochschulen „Lernen für den Frieden“. Im Rahmen der antimilitaristischen Aktionstage 13.-15.06.2013 waren erste Unterschriften für die Forderung nach Kündigung der Kooperationsvereinbarungen, nach ausreichender öffentlicher Finanzierung von Bildung und Wissenschaft und nach Zivilklauseln für die Hochschulen und in den Landeshochschulgesetzen gesammelt worden. Aktueller Sachstand sind 1500 Unterschriften. Bitte bei allen sich bietenden Gelegenheiten in den Hochschulen, Schulen und Aktionen der Friedensbewegung weiter sammeln!

Web-Dokumentation und Streitschrift

An dieser Stelle sei es gestattet, einen kleinen Werbeblock in eigener Sache einzufügen. Seit Beginn der Auseinandersetzungen um die Karlsruher Zivilklausel 2008, der Bildung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, der Urabstimmung an der Uni im Januar 2009 und dem Denniger-Gutachten im Februar 2009 wird Web-Dokumentation über alle öffentlich bekannt werdenden Aktivitäten, Positionen und Papiere gepflegt²⁶. Die zusammen mit Sebastian Friedrich geleistete Arbeit hat inzwischen zu einer geschätzten Datenquelle über die Zivilklauselbewegung mit etwa zweitausend Links geführt.

Die Uni Karlsruhe betreibt nicht nur seit langem Militärforschung, hier gab es in den Hochzeiten der Friedensbewegung auch Widerstand dagegen aus dem Kreis der Professoren. Der Physiker Werner Buckel organisierte im Juni

1987 einen bundesweit beachteten Kongress gegen Rüstungsforschung. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel angesehen werden und auch ein früher Kritiker der Kernenergie. Ziemlich genau 25 Jahre danach wurde an der Uni (KIT) ein Zivilklauselkongress im Gedenken an ihn abgehalten – wegen der entgegen Atomausstiegsbeschluss ungerührten, von der Grün-Roten Landesregierung gebilligten Fortsetzung der Atomreaktorforschung am KIT auch mit Referaten und einem Arbeitskreis zu dieser Thematik, die sehr viel mit dem Gegenteil von Frieden zu tun hat.



In der Kürze der Zeit nur ein Hinweis auf die Kongress-Broschüre, die als Streitschrift unter dem Titel „Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs-„Dienstleister“?“ mit einem Vorwort von Heribert Prantl und einem Geleitwort von Wolfram Wette im Peter-Grohmann-Verlag „Die AnStifter“ erschienen²⁷. Bitte auch gedruckte Edel-Exemplare bestellen!

26 www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

27 www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf

Nazi-Ehrung und Gruenbaum-Symposium

Mit Zivilcourage, Nazi-Restauration auch in der Atomforschung und Atomwaffen hängt ein Symposium zusammen, auf das ich gerne aufmerksam machen möchte.

Der Kontext ist der Tagungsbericht über die geforderte Namensänderung des Wernher-von-Braun-Gymnasiums in Friedberg. Der Name eines Mittäters des NS-Regimes, in dessen V2-Fabriken sich 20.000 Häftlinge zu Tode schufteten.

Zu Ehren des jüdischen Nuklearforschers Leon Gruenbaum wird es am 19.10.2013 ein Symposium in Karlsruhe zu den oben benannten Aspekten geben. Leon war Anfang der 1970er Jahre von einem Atommanager des Kernforschungszentrums (jetzt KIT) mit verschwiegener NS-Vergangenheit aus rassistischen Gründen diskriminiert worden.

Aufgerührt wurden diese furchtbaren Vorgänge durch die Bekanntgabe im letzten April, dass der antisemitische, NS-belastete Atommanager Ehrensator der Uni (KIT) ist. Das KIT-Präsidium verschleppt seit September 2012 die geforderte Annullierung dieser Ehrung.

Leon hatte unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aus Paris Widerstand gegen die Verfolgung geleistet und sich unter großen persönlichen Opfern mit der Erarbeitung einer bedeutenden geschichtswissenschaftlichen Monographie über Plutonium-Politik und Atom(waffen)forschung revanchiert²⁸.

Bewegende Geschichtsstunden mit hoher Relevanz für Gegenwart und Zukunft sind für das Symposium zu erwarten. Beate Klarsfeld und Joachim Radkau haben als ReferentInnen zugesagt.

Whistleblowerin Irma Kreiten

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf das Thema Whistleblower zurück kommen. Die gibt es nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in der Hochschulforschung der Bundesrepublik.

²⁸ Leon Grünbaum „Die Genese der Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“

An der Uni Tübingen ist in den Jahren 2005-2008 (also vor dem Senatsbeschluss zur Zivilklausel Ende 2009) eine promovierende Ethnologin von DozentInnen in perfider Weise gemobbt und diskriminiert worden. Irma Kreiten sollte im Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ die Geschichte der militärischen Nutzbarmachung der Völkerkunde aufarbeiten. In ihren Nachforschungen kamen auch personelle Überschneidungen mit militärischen Einrichtungen und inhaltliche Kontinuitäten nationalsozialistischer Großforschungsprogramme mit Forschungsvorhaben der Bundesrepublik ans Tageslicht. Dagegen setzte sie sich zur Wehr.

Erstmals Mitte Juni hat sie im Rahmen der Eröffnung einer Whistleblower-Ausstellung im ver.di-Haus Karlsruhe öffentlich über ihre Diskriminierung, über die für sie schlimmen Folgen und über die damit verbundene Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit gesprochen. *„Gegenüber dem, was ich als Doktorandin an einem deutschen Sonderforschungsbereich erleben musste, erscheint die jüngste Debatte um Militarisierung und Forschungsfreiheit als Doppelpack auf absurdeste Weise seitenverkehrt. [...] Alles, was nicht ins erwünschte Schema passte, wurde ignoriert oder niedergemacht, und zwar ohne das Vorbringen sachlicher Argumente“*, schreibt sie²⁹.

Irma Kreiten ist ebenso wie Martin Löwenberg, Leon Gruenbaum und Werner Buckel Vorbild für die studentische Jugend. Solche Beispiele von widerständigen Persönlichkeiten sollten häufiger bei Veranstaltungen und Podien in den Hochschulen vorgestellt werden, um Mut zu machen.

Zivilcourage und Zivilklausel sind zwei Seiten der gleichen Medaille: verantwortungsbewusste Wissenschaft verbunden mit Denken und Handeln für den Frieden.

Dietrich Schulze



²⁹ Der Freitag, 07.03.2013

Diskussion um Wernher von Braun als Namensgeber des Gymnasiums in Friedberg/Bayern

In der bayerisch-schwäbischen Stadt Friedberg mit knapp 30.000 Einwohnern finden sich praktisch alle Schulformen, von der Grundschule bis zum Gymnasium.

Das mathematisch-naturwissenschaftlich-neusprachliche Gymnasium nahm 1975 seinen Betrieb auf und der Schule wurde 4 Jahre später, 1979, auf Wunsch der Schulleitung und mit Zustimmung des Kreistags der Name Wernher von Braun (WvB) vom Ministerium verliehen. Zu diesem Zeitpunkt war der Namensgeber schon zwei Jahre tot, jedoch die Begeisterung für seinen substantiellen Beitrag zur Mondlandung im Juli 1969 und der von ihm verkörperte Traum von der Eroberung des Weltraums durch die innovative Raketentechnik waren noch nicht abgeebbt.

1979 erschienen allerdings auch die Memoiren des französischen Widerstandskämpfers Jean Michel mit dem Titel „Dora“. Diese brachten bis dahin in der Öffentlichkeit unbekanntes Gräueltum bei der Produktion der V 2 ans Licht.

Um die Person WvBs ein wenig näher zu bringen, soll hier zunächst ein Blick in seine Biografie geworfen werden.

Am 23. März 1912 wurde WvB in eine adlige, national gesinnte preußische Familie geboren. Durch seine Mutter kam er schon früh in Kontakt mit dem Buch von Hermann Oberth „Die Rakete zu den Planetenräumen“, welches ihn im Alter von 11 Jahren bereits mit dem Traum des Weltraumflugs infizierte. Später erzählte er dem New Yorker in einem Interview, dass er sich schon damals hatte vorstellen können, wie Kolumbus sich gefühlt haben musste, denn das Erforschen von unbekanntem, in seinem Fall interplanetarischen Räumen, erschien ihm als Kind als etwas, für das es sich zu leben lohnen würde.

In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war WvB nicht der einzige, der von der Erforschung des Weltraums begeistert war und



so gelang es ihm nach dem Abitur als junger Student Gleichgesinnte zu finden, die ebenso daran interessiert waren, eine Rakete zu bauen, die die Umlaufbahn der Erde verlassen kann. So nahm er 1932 begeistert an Raketenexperimenten in Berlin Tegel teil.

Das Heereswaffenamt wurde auf die Versuche aufmerksam und bot WvB an, seine Doktorarbeit mit dem Titel „Konstruktive theoretische und experimentelle Beiträge zu dem Problem der Flüssigkeitsrakete“ finanziell zu unterstützen. Naturgemäß war das Heereswaffenamt nicht an der Erforschung des Weltraums interessiert, sondern erhoffte sich von den Forschungen des jungen Physikers WvB Erkenntnisse im Voranbringen der Rakete als Waffe.

1934 wurde WvB promoviert, sein Doktorvater war Erich Schumann, der Ordinarius des physikalischen Instituts der Uni Berlin und NSDAP-Mitglied. Dieser stand ab 1933 an der Spitze der Forschungsabteilung des Heereswaffenamtes. Hier war die Zusammenarbeit von Reichswehrministerium und dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur bereits fest installiert. WvB selbst trat der NSDAP erst 1937 bei und wurde im Mai 1940 auch Mitglied der SS.

Der erste Versuch mit einer Rakete, der sog. A2, erreichte 1934 von Kummersdorf bei Berlin aus eine Höhe von knapp 2 Kilometern.



Mittelbau-Dora Bau der unterirdischen Anlage für die V-Waffen
gemeinfrei

Um effektiver an einer Verbesserung arbeiten zu können, verlegte das Heereswaffenamt die Entwicklung und Erprobung nach Peenemünde auf Usedom. 1937 wurde WvB zum technischen Direktor der neuen Heeresversuchsanstalt ernannt. 1939 gelang es erstmals, mit der A5 in 8 Kilometer Höhe zu steigen und eine Umlenkung auf eine geneigte Flugbahn zur Beschießung von Bodenzielen zu erreichen.

Mit einem Film über den Erfolg der A5, den WvB Hitler persönlich vorführen durfte, machte er 1941 großen Eindruck.

Das Team in Peenemünde arbeitete weiter und erreichte nach vielen kostenintensiven Fehlversuchen erstmals im Oktober 1942 mit dem Aggregat 4 den Austritt aus der Atmosphäre. Nun war die Rakete, die WvB seiner Sehnsucht zu den Planetenräumen näherbrachte, reif für eine Serienfertigung als Wunderwaffe der Nazis, die angesichts der sich verschlechternden Kriegssituation nach effektiven neuen Waffen verlangten.

Dazu wurden auch schon in Peenemünde Zwangsarbeiter eingesetzt, um den enormen Arbeitsaufwand zu bewältigen. Nachdem Peenemünde jedoch im August 1943 von der Royal Airforce beschossen wurde und die technischen Anlagen der Heeresversuchsanstalt zwar eher unerheblich beschädigt wurden (nebenbei kamen allerdings an die 700 Zwangsarbeiter ums Leben) sahen sich die Ingenieure, die SS und das zuständige Ministerium nach einer geeigneten Stollenanlage um. Man wollte die Raketenproduktion unter Tage verlegen und fand

mit der Stollenanlage im Kohnstein im Harz die geeignete Stelle. Praktisch war auch, dass Buchenwald und seine Außenlager nicht weit waren, so konnte man für die unmenschlichen Arbeiten in den Stollen Zwangsarbeiter anfordern. Obwohl WvB nicht selbst mit der Beschaffung der Zwangsarbeiter befasst war, ist inzwischen lückenlos dokumentiert, dass das technische Personal und WvB persönlich vom Einsatz der Zwangsarbeiter wussten und diesen billigten. Da sie vor Ort tätig waren, haben sie die unsäglichen Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen, welche die Stollen in den Berg trieben und die schweren Gerätschaften zum Zusammenbauen der Raketen bewegen mussten, gesehen. Sie wussten von den Unterkünften unter Tage, vom Leid und Sterben der Zwangsarbeiter. Im Laufe der etwa eineinhalb Jahre, in der das sog. Mittelwerk Dora betrieben wurde, mussten etwa 20.000 Menschen unter grausamsten Umständen ihr Leben lassen.

Abgesehen davon schlug die sog. V2 in London und Antwerpen ein, wo etwa 5000 Zivilisten starben.

*...Don't say that he's hypocritical,
Say rather that he's apolitical.*

*"Once the rockets are up, who cares where they come down?
That's not my department," says Wernher von Braun.*

*Some have harsh words for this man of renown,
But some think our attitude
Should be one of gratitude,
Like the widows and cripples in old London town
Who owe their large pensions to Wernher von Braun...*

Tom Lehrer – Wernher von Braun



Limehouse, London nach V2-Treffer 1945
HU88803 Imperial War Museums

Da den Amerikanern klar war, dass in Deutschland die Raketentechnologie sehr fortgeschritten war, nutzen sie das Know-How der deutschen Ingenieure für ihre eigenen Zwecke. So gelang es WvB am Ende des Krieges rechtzeitig mit der Mission „Paperclip“ in die USA zu entkommen und er arbeitete fortan für die US Army an der Entwicklung von Langstreckenraketen. Der kalte Krieg und der Koreakrieg unterstützten die Entwicklung der Redstone Langstreckenrakete, einer Art Super V2. Der Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion kulminierte dann bekanntermaßen im Sputnikschock, als die Russen als erste einen Satelliten ins All schickten, der die Erde umrundete. Erst danach arbeitete WvB für die amerikanische Welt-raumbehörde NASA und trug nicht unerheblich zur Mondlandung bei.

Bis dahin hatte er bereits etwa 25 Jahre der Waffentechnik mit Raketen in zwei verschiedenen Regimen gedient. Dass die Produktion der V2 Rakete unter seiner technischen Leitung 20.000 Menschen das Leben gekostet hat, hat WvB niemals mit sich selbst als Person in Zusammenhang gebracht. Er fühlte sich selbst dafür nicht zuständig, das waren – im Rückblick – immer die Nazis gewesen. Er hat Zeit seines Lebens kein Wort der Entschuldigung gesprochen, im Gegenteil sah er sich als Wissenschaftler, der seine Kraft und seine Kreativität stets in den Dienst des Fortschritts für die Menschheit gestellt hatte. Von Menschlichkeit und dem Respekt vor dem Leben der Zwangsarbeiter hat WvB nie gesprochen.

Dieser Rückblick auf das Leben und die Arbeit des Namensgebers des Friedberger Gymnasiums zeigt die Problematik auf. Alle Fakten sind recherchiert, alles ist von allen gesagt worden. Es geht um die Frage, ob eine Person wie WvB der Namensgeber und damit geachtetes Vorbild für die SchülerInnen einer Schule sein kann, nachdem seine Verstrickung in die unmenschliche Ausbeutung der Zwangsarbeiter zweifelsfrei nachgewiesen wurde.

Die Schulleitung und die Schulgremien stellen sich bis heute auf den Standpunkt, den Namen dennoch beizubehalten. Begründet wird diese Haltung damit, dass ein derartig ambivalenter

Namensgeber eine pädagogische Herausforderung zur Auseinandersetzung mit ethischen Fragen des technologischen Fortschritts darstellt. Würde man den Namen abschaffen, so sei diese Chance vertan.

In der Friedberger Öffentlichkeit hat es eine intensive Diskussion über die o.g. Haltung gegeben. Inzwischen hat sich auch das Kultusministerium unter Minister Spaenle eingeschaltet. Es wurden zwei ausgewiesene Experten an die Schule entsandt, um die Schule auf dem Weg zur Aufgabe des Namens zu beraten. Der Kreistag hat in einem Beschluss der Schule geraten, „sich von dem Namen zu trennen“ damit „Schaden von der Schule und vom Landkreis“ abgewendet wird.

Exemplarisch wird an der Namensdiskussion einer bayerischen Schule am Beginn des 21. Jahrtausends die gesamte Problematik der Verquickung von wissenschaftlicher Forschung und militärischen Interessen deutlich. Allerdings spielt in diesem Fall noch der Umgang und die Bewertung der Technologiesgeschichte der NS-Zeit, der Umgang und die Bewertung des Menschheitstraums von der Eroberung des Weltraums und der Umgang und die Bewertung eines einst gefeierten Helden die entscheidende Rolle.

**Jacoba Zapf,
Sprecherin des
Frauenforums
Aichach-Friedberg**



Literatur:

Michael Neufeld: *Von Braun. Dreamer of Space, Engineer of War*. Alfred A. Knopf, New York, 2007.

Rainer Eisfeld: *Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 1996

Jens-Christian Wagner: diverse Veröffentlichungen zu Mittelwerk Dora und die heutige Gedenkstätte.

Beitrag Friedliche Uni Augsburg

Die Situation in Augsburg

Zwölf Universitäten in Deutschland haben bisher eine Zivilklausel – keine davon liegt in Bayern. Es ist an der Zeit, das zu ändern!

Wir, die Initiative Friedliche Uni Augsburg, haben uns zum Ziel gesetzt, eine Zivilklausel in der Grundordnung unserer Universität zu verankern, um damit sicherzustellen, dass Lehre, Forschung und Studium in Augsburg nur friedlichen und zivilen Zwecken dienen.

Die Stadt Augsburg schmückt sich in der Öffentlichkeit gerne mit dem Titel der „Friedensstadt“, so liest man beispielsweise auf der Homepage der Stadt: *„Die Verabschiedung des Augsburger Religionsfriedens im Jahr 1555 hat das Selbstverständnis der Stadt Augsburg entscheidend geprägt. [...] Mit diesem Vertragswerk begann zugleich die Geschichte der Friedensstadt Augsburg und daraus leiten wir bis heute die Verpflichtung und den Auftrag für ein friedliches und konstruktives Miteinander in unserer modernen vielkulturellen und vielreligiösen Stadt ab.“*³⁰

Dem Selbstverständnis als „Friedensstadt“ trage die Stadt unter anderem mit dem jährlich stattfindenden Augsburger Hohen Friedensfest Rechnung.

Gleichzeitig ist Augsburg aber auch traditioneller Rüstungsstandort: 1938 siedelte sich die Messerschmitt AG in Augsburg an – ein Flugzeughersteller, der im Zweiten Weltkrieg einen bedeutenden Beitrag zur Produktion von Kampfflugzeugen und Jagdbombern leistete. Heute beheimatet Augsburg unter anderem Firmen wie Renk AG, die beispielsweise an der Produktion des Leclerc-Panzers beteiligt sind, und Premium Aerotec, ein Unternehmen, welches am Bau des Eurofighters und des Tornados mitwirkt.

Die Verknüpfung mit der Rüstungsindustrie ist nicht von der Hand zu weisen und sie soll, so die Befürchtung vieler Studierender, mit dem Bau des sogenannten Innovationsparks noch intensiviert werden.

30 www.augsburg.de/index.php?id=4835

Der Innovationspark entsteht in unmittelbarer Nähe zum Campus der Universität auf einer Fläche von 70 ha (dreimal so groß wie die Universität selbst) und ist ein Projekt der Stadt Augsburg, des Freistaates Bayern und der Universität Augsburg, dessen Konzept es vorsieht, unter dem Motto der Ressourceneffizienz *„die gesamte Wertschöpfungskette“*³¹ abzudecken – von der Forschung bis zur Produktion. Im Rahmen dieses Projekts soll es künftig zu engen Kooperationen zwischen der Universität und Unternehmen bzw. Einrichtungen des Innovationsparks kommen.

Dass die oben genannte Befürchtung der Studierenden nicht unbegründet ist, zeigt ein Blick auf die Liste der potentiellen Kooperationspartner des Innovationsparks. Dort wird unter anderem die Carbon Composites Group genannt, ein Zusammenschluss mehrerer Firmen, darunter auch Cassidian, Rüstungssparte von EADS, Premium Aerotec, welches für den Bau von Teilen des Eurofighters verantwortlich ist, das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt e.V. für Zwecke der wehrtechnischen Luftfahrtforschung und die Fraunhofer Gesellschaft, deren Institute u.a. anwendungsnahe, wehrtechnische Interessen bearbeiten.

Die Tatsache, dass in Zukunft vermutlich also namhafte Rüstungsfirmen direkt neben dem Campus forschen und produzieren werden und dabei auf eine enge Kooperation mit der Universität bauen, macht aus unserer Sicht die Forderung einer Zivilklausel für die Universität Augsburg so drängend.

Diese Bedenken werden noch verstärkt, betrachtet man die personelle Besetzung des Projektes Innovationspark: Die Geschäftsstelle Innovationspark wird geleitet von Jano von Zitewitz, einem hochrangigen Eurocopter-Manager. Und im sogenannten „Kompetenzrat“, der das Projekt Innovationspark gerade in der Anfangsphase begleiten soll, ist auch Manfred Hirt vertreten, zuvor Vorstandsvorsitzender der

31 www.regio-augsburg-wirtschaft.de/geschaeftsfelder-und-projekte/regionalmanagement/augsburginnovationspark0

Augsburger Renk AG, die u. a. Getriebe für Fregatten und Panzer baut. Er wurde 2007 in Frankreich wegen illegaler Rüstungsgeschäfte zu 18 Monaten Haft auf Bewährung und 100.000 € Geldstrafe verurteilt. 2012 war er stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises Deutsches Heer.³²

Auch andere Mitglieder dieses Gremiums haben enge Kontakte zur Rüstungsindustrie vorzuweisen.³³

Der Innovationspark wird mit Sicherheit kein reiner „Rüstungspark“, das wäre eine zu einseitige Betrachtung der Thematik. Aber genau die stillschweigende Verknüpfung von ziviler und militärischer Forschung und Produktion unter dem Deckmantel der Ressourceneffizienz macht das Projekt aus unserer Sicht so gefährlich!

Wir, die Initiative Friedliche Uni Augsburg, wollen keine Kooperation mit Rüstungsfirmen!

Lehre, Forschung und Studium müssen ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen! Deshalb fordern wir eine Zivilklausel für unsere Universität!

Bericht der Arbeit der Initiative Friedliche Uni Augsburg

Auf Grund dieser eben geschilderten Situation haben wir den dringenden Bedarf gesehen, eine Debatte über die ethische Ausrichtung von Forschung und Lehre und über eine mögliche Zivilklausel für die Universität Augsburg anzustoßen. So gründete sich im Jahr 2011 die Initiative Friedliche Uni Augsburg. Wir begannen unsere Arbeit mit einer tiefgehenden inhaltlichen Einarbeitung in die Thematik. Da wir es für unerlässlich hielten, dass die Gesamtheit aller Studierenden die Möglichkeit erhält, sich fundiert mit dem Thema auseinanderzusetzen, organisierten wir eine Veranstaltungsreihe für das Wintersemester 2011/2012. Diese beinhaltete mehrere Vorträge von verschiedenen Referenten und Podiumsdiskussionen, auf denen die Thematik von unterschiedlichen Seiten be-

³² www.daz-augsburg.de/?p=24673

³³ friedliche-uni-augsburg.blogspot.de/2012/05/podiumsdiskussion-zum-innovationspark.html

leuchtet wurde. Die Veranstaltungsreihe mündete im Juni 2012 in eine studentische Vollversammlung.

Der folgende Antrag wurde dort eingebracht:

„Die studentische Vollversammlung möge sich für die Verankerung eines zusätzlichen Paragraphen in die Grundordnung der Universität Augsburg in folgendem Wortlaut aussprechen:

Zivil- und Transparenzklausel

(1) Die Universität Augsburg ist eine Universität, an der Lehre, Forschung und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.

(2) Unter besonderer Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen nach Drittmittelgeber, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben. Als Drittmittel sind dabei solche anzusehen, wie sie im Abschnitt 1.2 der bayerischen Verwaltungsvorschriften zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter an Hochschulen benannt sind.“

Die nicht beschlussfähige Vollversammlung sprach sich in einem eingeholten Meinungsbild mit 77% der anwesenden Studierenden für den obigen Antrag aus.

Leider nahm der studentische Vertreter dieses Meinungsbild nicht an und brachte den Antrag nicht in die entscheidungstragenden Gremien ein.

Nachdem die Diskussion unter den Studierenden bereits seit einigen Monaten im Gange war, beschlossen wir den Diskurs auch unter den Professorinnen und Professoren anzustoßen und führten zahlreiche Gespräche. Besonders konzentrierten wir uns dabei auf die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät und die Fakultät für Informatik, da diese wohl in besonderem Maße von einer Zivilklausel betroffen wären. Obwohl die Gespräche durchaus positiv verliefen, sprach sich der Fakultätsrat der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät dann aber einstimmig gegen die Einführung einer Zivilklausel aus.

Die wirtschaftswissenschaftliche, die juristische und die philosophisch-sozialwissenschaftliche Fakultät führten keine offiziellen Abstimmungen durch, teilten uns aber eine negative Haltung der Gremienmitglieder mit.

Lediglich die katholisch-theologische Fakultät sprach sich einstimmig für die Einführung einer sogenannten Friedensklausel in die Präambel der Grundordnung der Universität in folgendem Wortlaut aus:

„Die Universität Augsburg bekennt sich zur Einheit von Forschung und Lehre, zur Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsaufgabe, wobei Lehre, Forschung und Studium ausschließlich friedlichen Zwecken dienen sollen.“

Auch der studentische Konvent sprach sich für die Einführung dieser Friedensklausel aus.

Dieses Ergebnis der Abstimmung der gewählten Studierendenvertretung ist sehr erfreulich; gerade deshalb, weil die studentischen Vertreter*innen bis dato keinerlei Bemühungen zeigten, sich in die Thematik einzuarbeiten oder ihrer Aufgabe der Information und Politisierung der Studierendenschaft gerecht zu werden. So verhält sich der AStA der Universität Augsburg bislang rein passiv, bezieht keinerlei Stellung und sieht keinen Bedarf, die Thematik zu diskutieren.

Die von katholisch-theologischer Fakultät und studentischem Konvent geforderte Friedensklausel wäre ein erster Schritt in Richtung einer Zivilklausel, den wir begrüßen würden. Die Friedensklausel würde alle Universitätsangehörigen auf ihre ethische Verpflichtung hinweisen und zu kritischer Reflexion der eigenen Arbeit anregen. Allerdings sehen wir unsere Forderung nach einer Zivilklausel mit diesem Schritt noch nicht erfüllt. Die Verankerung einer Friedensklausel in der Präambel der Grundordnung hätte keinerlei rechtliche oder organisatorische Konsequenzen. Denn entgegen einer Verankerung in der Grundordnung hat ein Satz in der Präambel weniger eine rechtliche als eine moralische Bindung.

Die geforderte Friedensklausel entspricht der Friedensfinalität des Grundgesetzes und sollte von daher auf selbstverständliche Weise bereits

Realität an allen deutschen Universitäten sein. Die Formulierung schließt allerdings militärische Forschung und Lehre nicht explizit aus. Die Einführung einer Friedensklausel wäre daher noch keine Garantie für friedliche Forschung und Lehre, würde jedoch die grundsätzliche Bereitschaft der Universität zu einer solchen signalisieren.

Der Dekan der katholisch-theologischen Fakultät brachte die vom Fakultätsrat beschlossene Friedensklausel vor einigen Wochen in die Grundordnungsänderungskommission ein. Diese Kommission ist ein beratendes Gremium der Universitätsleitung, die über Änderungen der Grundordnung berät.

Leider hat sich die Grundordnungsänderungskommission dagegen ausgesprochen, der Universitätsleitung die Einführung der Friedensklausel zu empfehlen. Dieser Beschluss ist unseres Erachtens erschreckend, da die geforderte Friedensklausel lediglich moralischen Appellcharakter hätte und daher nur eine Minimalforderung darstellt.

Die Universitätsleitung entzieht sich leider momentan noch immer dem Diskurs über die Thematik. So antwortet sie nicht auf Anfragen und E-Mails und versucht die Debatte schlicht auszusitzen.

Mit einer Zivilklausel bekennt sich die Universität zu ihrer Rolle als zivile Einrichtung der Gesellschaft. Als solche ist sie ein Ort freier Bildung sowie demokratischer Partizipation und Mitbestimmung. Das in ihr generierte Wissen sollte frei zur Verfügung stehen. Diese Grundsätze würden durch die Einführung einer Zivilklausel nicht nur gewahrt, sondern auch gefördert werden.

Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass wir gemeinsam den öffentlichen Druck erhöhen und uns für eine friedliche und zivile Forschung auch hier in Bayern stark machen!

Leo Selinger, Kathrin Wagenblast

friedliche-uni-augsburg.blogspot.de

Diskussionsbeiträge

Horst Steiner, Hof

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bin Gewerkschaftsrat bei ver.di.

Wenn ich jetzt rückblickend den heutigen Tag mit den Beiträgen und Vorträgen sehe, dann muss ich sagen, da hat sich bei mir zunächst mal eine Wut aufgestaut. Dann vor allen Dingen auch eine gewisse Ohnmacht und auf der anderen Seite aber auch der fest entschlossene Wille, das, was ich hier gehört habe, auf jeden Fall innerhalb von ver.di in meiner Eigenschaft als Gewerkschaftsratsmitglied weiter zu tragen. Dieses Thema muss intensiv in den Gewerkschaften weiter diskutiert werden! Denn es geht jetzt nun tatsächlich an die Substanz unserer demokratischen Grundrechte.

Die Kolleginnen und Kollegen des Fraunhofer-Instituts teilten mit, wie stark bereits der Einfluss von Rüstungsfirmen in ihren Einrichtung ist, die ja immerhin aus Steuermitteln finanziert wird, und wie diese die Einrichtungen für ihre Zwecke gebrauchen. Auf der anderen Seite sieht man am Beispiel der Wernher-von-Braun-Schule in Friedberg, was es inzwischen in den Schulen an Problemen für die jungen Menschen gibt, sich dem militaristischen Einfluss zu entziehen. Und diese Kooperationsvereinbarung ist ja ein Weg für das Militär, seinen Einfluss zu verstärken.

Und umso mehr war ich jetzt wieder ermuntert als Senior von dem Vortrag unserer jungen Kolleginnen und Kollegen. Ich kann nur sagen: Macht weiter so. Das gibt auch den Alten das Gefühl: diese Republik ist noch nicht so weit, dass sie vollends abgeleitet ins Rechte, in den Militarismus und dass die jungen Menschen den Rattenfängern hinterherlaufen, die ihnen erklären, wie wunderbar und wie schön es ist, mit der Knarre in der Hand dieses Vaterland zu verteidigen. Ich kann euch nur beglückwünschen zu eurer Initiative – das sage ich auch als Seniorenvertreter von ver.di – und meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: Das ist auch ein Zeichen, dass die Verstärkung der Bildung ein entscheidender Weg ist, denn Menschen, die gebildet sind, Menschen, die aufge-

klärt sind, die sind auch nicht anfällig oder nicht mehr so stark anfällig für so ein Denken wie es sich abzeichnet auch an der Wernher-von-Braun-Schule.

Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte – RSUKr – haben mich heute den ganzen Tag beschäftigt³⁴. Also – ich habe das zweimal lesen müssen. Ich konnte gar nicht fassen, was sich hier abspielt: dass man Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr rekrutiert – man kann schon fast sagen als 5. Kolonne – und was die dann übernehmen sollen: Wach- und Sicherungsaufgaben militärischer Anlagen; sie sollen tätig werden beim „inneren Notstand“ und „zum Schutz kritischer Infrastruktur“. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, da müssen die Alarmglocken der Gewerkschaften angehen, denn was sich hier abspielt, das bewegt sich außerhalb der demokratischen Legalität und des Grundgesetzes der BRD.

Und in der Mappe ist ja interessanterweise auch vom Bundesverfassungsgericht ein ganzer Artikel drin. Es ist ja ziemlich fadenscheinig, wie das Bundesverfassungsgericht den Einsatz im Inneren begründet.

Ich werde mich dafür einsetzen – und meine Kollegen von ver.di, die wissen, das werde ich auch tun – das im Gewerkschaftsrat zu problematisieren und dafür zu sorgen, dass ver.di hier Flagge zeigt, dass wir uns auch in der Öffentlichkeit kritisch dazu äußern. Denn, Kolleginnen und Kollegen, das ist der Anfang vom Ende der Demokratie. Hier wird etwas geschaffen, was so in der Vergangenheit des deutschen Volkes eigentlich schon bekannt sein müsste. Ich will jetzt den Bogen nicht so gar so weit spannen, aber wenn ich bloß zurückgehe in die unselige Zeit des Faschismus. Der Deutsche hat scheinbar ein bisschen den Hang: Wenn man ihm ein Amt überträgt, dann fühlt er sich besonders herausgehoben. Gerade in Deutschland sollte man aus der Vergangenheit lernen, was hier im Faschismus passiert ist. Das ist für

34 www.imi-online.de/2013/06/05/der-neue-heimatschutz-der-bundeswehr/ - lag u.a. als Ausdruck in der Teilnehmermappe der Tagung.

mich ein Punkt, da muss auch die Jugend das mit problematisieren und muss sagen: So lassen wir mit uns nicht umgehen. Dagegen wehren wir uns. Wehret den Anfängen!

Hacki Münder, München

Die Zivilklausel untersagt die Benutzung von Einrichtungen der Hochschulen für militärische Forschung und Entwicklung. Das ist gut so.

Insbesondere soll dadurch der Drittmittelfinanzierung durch das Bundesverteidigungsministerium und diversen Rüstungsfirmen ein Riegel vorgeschoben werden. Die Hochschulen müssen durch staatliche Mittel ordentlich ausgestattet werden, damit sie unabhängig von Lobbygruppen arbeiten können.

Dennoch bleibt ein Problem und zwar ein systemisches. Fast jedes Produkt, fast jede Forschung und Entwicklung kann für militärische Zwecke genutzt werden und wird genutzt. Denn die Produktion von Kriegsgerät und deren Einsatz garantiert sicheren Profit, bezahlt durch unsere Arbeit.

Wir kommen also bei der Frage der Zivilklausel nicht um das Problem, dass Rüstung und Krieg ein systematischer Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft ist.

Peter Feininger, Augsburg

Ich wollte auf die schon angesprochene zivilmilitärische Zusammenarbeit eingehen.

Hier müssen wir besonders auf die bayerische Staatsregierung achten, weil das, was Innenminister Herrmann dort plant, ist brandgefährlich.

Er plant vier Heimatschutzregimenter mit je 1000 Frau/Mann. Seit Jahren gibt es in Bayern ja schon die Struktur mit den Landes- und Bezirkskommandos. Die Landeskommandeure haben jetzt im Februar einen Festakt gemacht, wo die Regionalstäbe Nord, Süd und Ost aufgestellt wurden. Das ist eine Struktur, die es nur in Bayern gibt. Das soll ein Pilotprojekt sein, wie man diesen Heimatschutz in einem Flächenstaat organisiert. Sie haben zu diesem Festakt auch die Regierungspräsidenten der bayerischen Bezirke eingeladen und sie beteuern, dass kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren geplant sei. Herrmann hätte diese Bedenken

zerstreut. Aber es ist klar, dass auch bei Katastrophenschutzübungen die Bundeswehr über die besten Voraussetzungen in der Führung von Großeinsätzen verfüge. Die regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden jetzt in jedem Bundesland eingerichtet. Diese Struktur steht seit April in Bayern. D.h. in jedem Regierungsbezirk gibt es eine RSU in Bataillonstärke (100 Mann). Das steht schon. Die drei großen überregionalen Kommandostäbe sind im Aufbau. Was man vom Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU erfahren kann, der von einem gefährlichen Lobbyisten der Rüstungsindustrie aus Augsburg, einem Herrn Hintersberger, geleitet wird, ist, dass sie auch ein Südost-Europa-Corps mit der Tschechischen Republik, Slowenien und Kroatien planen. Beim Aufbau eines solchen Corps würde Bayern einen geostrategischen Vorteil aufweisen.

Stephan Lippels, München

Der Aufruf „Lernen für den Frieden“ ist gemeinsamer, minimaler Konsens aller Menschen, denen der Frieden lieb ist. Immer wieder erinnern müssen wir uns aber auch an die Geschichte des Kampfes für den Frieden in der Welt. Beispiele aus der deutschen Geschichte:

- Im 1. WK: die Demonstrationen und Streiks trotz der Burgfriedensversprechungen der damaligen SPD- und Gewerkschaftsführung und die Soldaten, welche diesem Krieg und der Monarchie ein Ende gesetzt haben, indem sie die Gewehre umdrehten.
- Im 2. WK: von der Weißen Rose bis zum Nationalkomitee Freies Deutschland.
- In der Nachkriegszeit an das Potsdamer Abkommen, die Ermordung Philipp Müllers und die Volksbefragung für einen Friedensvertrag und gegen die Wiederbewaffnung³⁵.
- 1968 die Bewegung gegen die NS-Gesetze [...]

Aus den Niederlagen und Erfolgen gilt es, Konsequenzen zu ziehen.

³⁵ images.library.wisc.edu/History/EFacs/GerRecon/AmerikEng/reference/history.amerikeng.i0040.pdf

Weitere Lesetipps & Links

M. Schulze von Glaßer: *An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr*, Köln, PapyRossa, 2010.

H.-R. Minow, S. Eggerdinger (Hrsg.): *Der Terror des Krieges – Der Überfall auf Jugoslawien und die Eroberung Südosteuropas*, München, Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung, 2000.

G. Oberansmayr: *Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien, Promedia, 2004.

J. Rose: *Ernstfall Angriffskrieg*, Hannover, Ossietzky, 2009.

U. Sander: *Szenen einer Nähe – Vom großen Rechtsum bei der Bundeswehr*, Bonn, Pahl-Rugenstein, 1998.

U. Sander: *Die Bundeswehr im Kriegseinsatz – Der dritte Feldzug gegen Serbien*, Hannover, VVN-BdA, 1999.

Wertvolle grundlegende Forschung über Faschismus und Krieg ist in zahlreichen Werken von Kurt Gossweiler und Reinhard Opitz erschienen.

LASS GEW Hessen: *Stoppt Kriegsforschung an Hochschulen*, Frankfurt 2010. Online: antimilffm.blogspot.de/images/BroschreMilitarismus14.11.2010_02web.pdf

GEW Hauptvorstand: *Einsatzgebiet Klassenzimmer*, Frankfurt, 2011. Online: www.gew.de/Binaries/Binary82478/Einsatzgebiet%20Klassenzimmer-WEB.pdf

ver.di-Jugend Bayern & bildungswerk ver.di Bayern: *Verfassung der EU – „Friedensmacht“ oder Militärbündnis?*, München, 2006. Online: www.gew-muenchen.de/joomla/content/view/24/43/

ver.di München: *Nein zum Bundeswehreinsatz im Inneren*, München, 2007.

Bundeswehr wegtreten: antimil.blogspot.de

Das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform: www.darmstaedter-signal.de

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen: www.dfg-vk.de

Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand: geschichte.verdi.de/stichworte/1933

Informationsstelle Militarisierung e.v.: www.imi-online.de

Internationaler Versöhnungsbund: www.versoenhungsbund.de

Informationen über die Darstellung des Militärs in Kino, Fernsehen und Videospiele: www.militainment.info

Informationen zur deutschen Außenpolitik: www.german-foreign-policy.com

Netzwerk Friedenskooperative: www.friedenskooperative.de

pax christi: www.paxchristi.de

Schulfrei für die Bundeswehr: www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not: www.tdh.de

Gewerkschaftsbeschlüsse und Erklärungen

Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr

Wir sprechen uns gegen die Werbung für den Soldatinnen-/Soldatenberuf durch die Bundeswehr in Arbeitsagenturen, ARGEN, Optionskommunen, Schulen und Hochschulen, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und -büros, Berufsmessen sowie den Einsatz von Jugendoffizieren in der politischen Bildung aus.

Wir beteiligen uns an Aktionen der Friedensbewegung, wie zum Beispiel "Schulfrei für die Bundeswehr", und setzen uns insbesondere über den DGB und die Hans-Böckler-Stiftung für eine Friedenserziehung ein, die die verschiedenen Blickwinkel auch der Friedensinitiativen und -organisationen auf die internationalen Beziehungen und Konflikte, insbesondere auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr, beleuchtet.

Angenommen auf dem ver.di-Bundeskongress 2011

Lernen für den Frieden

Bildung und Wissenschaft müssen im Interesse aller Friedensvoraussetzungen ergründen und gegen Kriegsursachen, Kriegsprofiteure und Kriegsideologie aufklären. Deshalb setzt sich die GEW für die ersatzlose Aufkündigung von Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schulministerien sowie für Zivilklauseln an Hochschulen, anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und in Hochschulgesetzen ein. Sie trägt zur inhaltlichen Rekonstituierung und Weiterentwicklung einer antimilitaristischen Friedensbildung bei. Um dies gemeinsam mit Initiativen vor Ort voran zu bringen, unterstützt die GEW

- die „Aktionstage für militärfreie Bildung und Wissenschaft vom 13.-15.6.2013“ und
- die Unterschriftensammlung „Lernen für den Frieden – Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“.

Einer der kommenden Ausgaben der E&W wird eine herausnehmbare Unterschriftenliste beigelegt.

Angenommen auf dem GEW-Gewerkschaftstag 2013

Antikriegstag: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg heißt für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden. Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan abgezogen werden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben [...] Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte... Keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. [...]

Nie wieder Faschismus heißt für uns: Unsere Geschichte verpflichtet uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Nazis haben nirgendwo etwas zu suchen.

Aus dem Aufruf des DGB-Bundesvorstands zum Antikriegstag 2013

Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen

Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich kooperativ mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für Völkerverständigung und eine menschenwürdige Welt wirken. Angesichts kriegerischer Konflikte weltweit ist das dringend erforderlich.

Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und die zunehmende Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern, insbesondere aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs, zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Hiergegen setzen wir uns zur Wehr – für eine demokratische und friedliche Entwicklung!



Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüsse von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und LehrerInnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Name	Adresse	Unterschrift

V.i.S.o.P.: Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“, % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln

Ausgefüllte Listen bitte einsenden an DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Die Unterschriften werden am 5. Dezember 2013 bei der Kultusministerkonferenz in Bonn den politisch Verantwortlichen übergeben.



Das große Karthago führte drei Kriege.

*Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.*

Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.

*Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!*

*Laßt uns die Warnungen erneuern,
und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde sind!*

*Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.*